



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 2013

P121859

Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA
(Strafregistergesetz; StReG); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

::/ 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Die Vorlage betrifft die Gesamtrevision der bestehenden Strafregisterbestimmungen für die Registrierung von natürlichen Personen sowie die Schaffung der Rechtsgrundlagen für ein Strafregister über Unternehmen. Künftig sollen mehr Behörden auf Daten im Strafregister zugreifen können, dafür werden vier Auszugsarten geschaffen, was erlaubt, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Behörden berücksichtigt werden. Gleichzeitig wird der Datenschutz verbessert und Privatpersonen stehen umfassende Auskunftsrechte zu. Der Kanton Basel-Stadt begrüßt insgesamt den Vorentwurf für das Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA. Namentlich ist aus rechtsstaatlicher Sicht begrüssenswert, dass die Bearbeitung von Daten über hängige Strafverfahren und über rechtskräftige Strafurteile im elektronisch geführten Strafregister-Informationssystem VOSTRA in einem Gesetz im formellen Sinn verankert werden soll. Vom Kanton Basel-Stadt wird indes die vorgesehene Erfassung elektronischer Kopien der einzutragenden Grundurteile und nachträglichen Entscheide kritisiert. Außerdem sind aus Sicht des Kantons Basel-Stadt Anpassungen bei einzelnen zugriffsberechtigten Behörden angezeigt.

